

# § 014 TMG

(aufgehoben)

**Fassung ab 01. Dez 2021**

---

**Fassung bis einschl 30. Nov 2021**

## § 11 TMG Bestandsdaten

(1) Der Diensteanbieter darf personenbezogene Daten eines Nutzers nur erheben und verwenden, soweit sie für die Begründung, inhaltliche Ausgestaltung oder Änderung eines Vertragsverhältnisses zwischen dem Diensteanbieter und dem Nutzer über die Nutzung von Telemedien erforderlich sind (Bestandsdaten).

(2) Auf Anordnung der zuständigen Stellen darf der Diensteanbieter im Einzelfall Auskunft über Bestandsdaten erteilen, soweit dies zur Durchsetzung der Rechte am geistigen Eigentum erforderlich ist.

(3) Der Diensteanbieter darf darüber hinaus im Einzelfall Auskunft über bei ihm vorhandene Bestandsdaten erteilen, soweit dies zur Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche wegen der Verletzung absolut geschützter Rechte aufgrund rechtswidriger Inhalte, die von § 10a Abs. 1 TMG dieses Gesetzes oder § 1 Abs. 3 des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes erfasst werden, erforderlich ist. In diesem Umfang ist er gegenüber dem Verletzten zur Auskunft verpflichtet.

(4) Für die Erteilung der Auskunft nach Absatz 3 ist eine vorherige gerichtliche Anordnung über die Zulässigkeit der Auskunftserteilung erforderlich, die vom Verletzten zu beantragen ist. Das Gericht entscheidet zugleich über die Verpflichtung zur Auskunftserteilung, sofern der Antrag nicht ausdrücklich auf die Anordnung der Zulässigkeit der Auskunftserteilung beschränkt ist. Für den Erllass dieser Anordnung ist das Landgericht ohne Rücksicht auf den Streitwert zuständig. Örtlich zuständig ist das Gericht, in dessen Bezirk der Verletzte seinen Wohnsitz, seinen Sitz oder eine Niederlassung hat. Die Entscheidung trifft die Zivilkammer. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend. Die Kosten der richterlichen Anordnung trägt der Verletzte. Gegen die Entscheidung des Landgerichts ist die Beschwerde statthaft.

(5) Der Diensteanbieter ist als Beteiligter zu dem Verfahren nach Absatz 4 hinzuzuziehen. Er darf den Nutzer über die Einleitung des Verfahrens unterrichten.

---

## Fassung bis einschl 27. Jun 2021

(1) - (2) ...

(3) Der [Diensteanbieter](#) darf darüber hinaus im Einzelfall Auskunft über bei ihm vorhandene [Bestandsdaten](#) erteilen, soweit dies zur Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche wegen der Verletzung absolut geschützter Rechte aufgrund rechtswidriger Inhalte, die von § 10a Abs. 1 TMG dieses Gesetzes oder § 1 Abs. 3 des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes erfasst werden, [erforderlich](#) ist.

(4) Für die Erteilung der Auskunft nach Absatz 3 ist eine vorherige gerichtliche Anordnung über die Zulässigkeit der Auskunftserteilung [erforderlich](#), die vom Verletzten zu beantragen ist. Für den [Erlass](#) dieser Anordnung ist das Landgericht ohne Rücksicht auf den Streitwert zuständig. Örtlich zuständig ist das Gericht, in dessen Bezirk der Verletzte seinen Wohnsitz, seinen Sitz oder eine Niederlassung hat. Die Entscheidung trifft die Zivilkammer. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend. Die Kosten der richterlichen Anordnung trägt der Verletzte. Gegen die Entscheidung des Landgerichts ist die Beschwerde statthaft.

(5) ...

---

## Fassung bis einschl 01. Apr 2021

(1) ...

(2) Auf Anordnung der zuständigen Stellen darf der [Diensteanbieter](#) im Einzelfall Auskunft über [Bestandsdaten](#) erteilen, soweit dies

1. für Zwecke der Strafverfolgung,
2. zur Gefahrenabwehr durch die Polizeibehörden der Länder,
3. zur [Erfüllung](#) der gesetzlichen Aufgaben der [Behörden](#) der Zollverwaltung und der nach Landesrecht zuständigen [Behörden](#) zur Wahrnehmung ihrer Prüfungsaufgaben nach § 2 Abs. 1 und 3 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und zur Verhütung und Verfolgung von damit zusammenhängenden Straftaten und Ordnungswidrigkeiten,

4. zur [Erfüllung](#) der gesetzlichen Aufgaben

- a) der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder,
- b) des Bundesnachrichtendienstes,
- c) des Militärischen Abschirmdienstes,
- d) des Bundeskriminalamtes im Rahmen seiner Aufgabe zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus oder
- e) des Zollkriminalamtes nach § 4 Abs. 2 des Zollfahndungsdienstgesetzes

oder zur Durchsetzung der Rechte am geistigen Eigentum [erforderlich](#) ist.

(3) - (5) ...

---

#### **Fassung bis einschl 01. Apr 2021**

(1) ...

(2) Auf Anordnung der zuständigen Stellen darf der [Diensteanbieter](#) im Einzelfall Auskunft über [Bestandsdaten](#) erteilen, soweit dies für Zwecke der Strafverfolgung, zur Gefahrenabwehr durch die Polizeibehörden der Länder, zur [Erfüllung](#) der gesetzlichen Aufgaben der [Behörden](#) der Zollverwaltung und der nach Landesrecht zuständigen [Behörden](#) zur Wahrnehmung ihrer Prüfungsaufgaben nach § 2 Abs. 1 und 3 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und zur Verhütung und Verfolgung von damit zusammenhängenden Straftaten und Ordnungswidrigkeiten und zur [Erfüllung](#) der gesetzlichen Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, des Bundesnachrichtendienstes oder des Militärischen Abschirmdienstes oder des Bundeskriminalamtes im Rahmen seiner Aufgabe zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus oder zur Durchsetzung der Rechte am geistigen Eigentum [erforderlich](#) ist.

(3) - (5) ...

---

#### **Fassung bis einschl 26. Nov 2020**

(1) - (2) ...

(3) Der [Diensteanbieter](#) darf darüber hinaus im Einzelfall Auskunft über bei ihm vorhandene [Bestandsdaten](#) erteilen, soweit dies zur Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche wegen der Verletzung absolut geschützter Rechte aufgrund rechtswidriger Inhalte, die von § 1 Abs. 3 des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes erfasst werden, [erforderlich](#) ist.

(4) - (5) ...

---

### **Fassung bis einschl 17. Jul 2019**

(1) ...

(2) Auf Anordnung der zuständigen Stellen darf der [Diensteanbieter](#) im Einzelfall Auskunft über [Bestandsdaten](#) erteilen, soweit dies für Zwecke der Strafverfolgung, zur Gefahrenabwehr durch die Polizeibehörden der Länder, zur [Erfüllung](#) der gesetzlichen Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, des Bundesnachrichtendienstes oder des Militärischen Abschirmdienstes oder des Bundeskriminalamtes im Rahmen seiner Aufgabe zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus oder zur Durchsetzung der Rechte am geistigen Eigentum [erforderlich](#) ist.

(3) - (5) ...

---

### **Fassung bis einschl 30. Sept 2017**

(1) Der [Diensteanbieter](#) darf [personenbezogene Daten](#) eines Nutzers nur erheben und verwenden, soweit sie für die Begründung, inhaltliche Ausgestaltung oder Änderung eines Vertragsverhältnisses zwischen dem [Diensteanbieter](#) und dem Nutzer über die Nutzung von [Telemedien erforderlich](#) sind ([Bestandsdaten](#)).

(2) Auf Anordnung der zuständigen Stellen darf der [Diensteanbieter](#) im Einzelfall Auskunft über [Bestandsdaten](#) erteilen, soweit dies für Zwecke der Strafverfolgung, zur Gefahrenabwehr durch die Polizeibehörden der Länder, zur [Erfüllung](#) der gesetzlichen Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, des Bundesnachrichtendienstes oder des Militärischen Abschirmdienstes oder des Bundeskriminalamtes im Rahmen seiner Aufgabe zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus oder zur Durchsetzung der Rechte am geistigen Eigentum [erforderlich](#) ist.

---

**Fassung bis einschl 31. Dez 2008**

(1) ...

(2) Auf Anordnung der zuständigen Stellen darf der [Diensteanbieter](#) im Einzelfall Auskunft über [Bestandsdaten](#) erteilen, soweit dies für Zwecke der Strafverfolgung, zur Gefahrenabwehr durch die Polizeibehörden der Länder, zur [Erfüllung](#) der gesetzlichen Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, des Bundesnachrichtendienstes oder des Militärischen Abschirmdienstes oder zur Durchsetzung der Rechte am geistigen Eigentum [erforderlich](#) ist.

E-Learning Datenschutz

Datenschutz praktische  
Lektion



[Zur Buchung](#) (EUR 7,00 / 1 Monat)

**7 Min Datenschutz** [juristi.e-Seminar](#)

Aus- und Weiterbildung